

Die Stunde des Völkermords

Die völlige Verwüstung des Gazastreifens und die Massen an Zivilisten, die dem Tod durch Bombardierung und vorsätzlichen Hungertod ausgesetzt sind, bieten der Welt bereits jetzt ein Schauspiel des Massenmords von unaussprechlichem Ausmaß.



Palästinenser in den Trümmern nach einem israelischen Luftangriff in Khan Younis im südlichen Gazastreifen am 8. Oktober.

29.10.2023 | Gareth Porter

Die systematische und mutwillige Zerstörung des Gazastreifens durch Israel hat die seit langem bestehende Frage nach der politischen und rechtlichen Verantwortung Israels für die Behandlung der Palästinenser auf ein neues Niveau gehoben.

Offensichtlich handelt es sich um die bekannten israelischen Kriegsverbrechen, die *Amnesty International* bereits nach der ersten Woche [eindeutig als solche bezeichnete](#). Die Menschenrechtsorganisation forderte auch den Ankläger des Internationalen Strafgerichtshofs auf, seine Ermittlungen zu den Zielen aller Beteiligten „dringend zu beschleunigen“.

Aber diese israelische Kampagne wirft nun das noch schwerwiegendere Problem des Völkermords an den Palästinensern als Nation auf. Die völlige Verwüstung des Gazastreifens und die große Zahl von Zivilisten, die durch Bombardierung, absichtlich herbeigeführten Hunger und Krankheit sterben, bieten der Welt bereits ein Schauspiel des Massenmords von unaussprechlichem Ausmaß.

Die Israelis sollten sich für ihre Verbrechen verantworten.

Ein Gremium aus neun angesehenen unabhängigen Menschenrechtsexperten, die für den Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen die Notsituation im Gazastreifen untersucht haben, hat soeben davor **gewarnt**, dass die israelische Zerstörungskampagne im Gazastreifen „die Gefahr eines Völkermords am palästinensischen Volk“ birgt.

Und hinter diesem „genozidalen Moment“ steckt eine lange Geschichte völkermörderischen Denkens und Handelns. Es sei daran erinnert, dass während der letzten Gaza-Krise im Jahr 2014 eine ebenso extremistische israelische Regierung offen mit Völkermord an den Palästinensern **drohte**.

Die israelische Justizministerin Ayelet Shaked erklärte auf [Facebook](#), dass „das gesamte palästinensische Volk der Feind“ sei:

Sie alle sind feindliche Kämpfer und alle bluten aus dem Kopf. Jetzt gehören auch die Mütter der Märtyrer dazu, die sie mit Blumen und Küssen in die Hölle schicken. Sie sollen in die Fußstapfen ihrer Söhne treten, daran ist nichts fair. Sie müssen gehen, ebenso wie das Haus, in dem sie die Schlange großgezogen haben. Sonst werden dort noch mehr kleine Schlangen wachsen.

Im selben Jahr wurde der stellvertretende Sprecher der Likud-Partei in der israelischen Knesset gewählt, Moshe Feiglin **sagte**:

Der Gazastreifen ist Teil unseres Landes und wir werden dort für immer bleiben. Nach der Beseitigung des Terrors aus dem Gazastreifen wird er Teil des souveränen Israels werden und von Juden bewohnt werden. Dies wird auch dazu dienen, die Wohnungskrise in Israel zu lindern.

Die derzeitige israelische Regierung – deren rechtsextreme Politik derjenigen der Regierung von 2014 ähnelt – hat keine Anstrengungen unternommen, um ihre politische, völkermörderische Verachtung für die 2,3 Millionen in Gaza lebenden Palästinenser zu verbergen.

Sie hat auch nicht das unmittelbare Ziel der gegenwärtigen Kampagne verborgen, nämlich die vollständige Beseitigung der Palästinenser aus dem Gazastreifen.

Al Aqsa Flut

Der offizielle Grund für die mörderische neue israelische Kampagne gegen die Palästinenser im Gazastreifen war die Hamas-Operation „Al-Aqsa-Flut“ vom 7. Oktober, bei der palästinensische Kommandos zum ersten Mal in Kibbuzim in der Nähe des Gazastreifens eindrangen, das israelische Sicherheitssystem völlig überraschten und der Regierung in den Augen ihrer eigenen Bürger eine demütigende Niederlage zufügten.

Die Hamas erklärte, sie habe Vergeltung für Hunderte von israelischen Siedlern geübt, die drei Tage zuvor die al-Aqsa-Moschee in Jerusalem/al-Quds, die drittheiligste Stätte des Islam, gestürmt hatten. Ultranationalistische Juden wollen den um 70 n. Chr. zerstörten jüdischen Tempel aus der Römerzeit an der Stelle der Moschee **wieder aufbauen**.

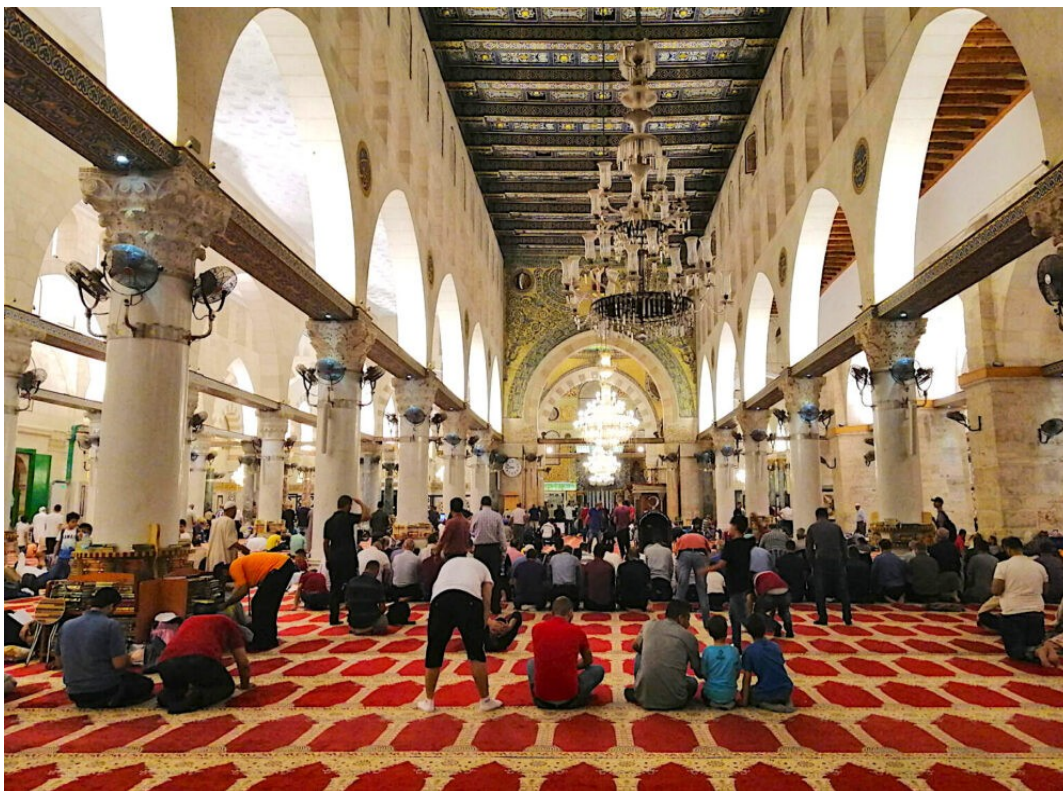
Die Hamas-Operation führte eindeutig zur vorsätzlichen Tötung von unschuldigen Zivilisten durch die Hamas. Überlebende Anwohner sagen jedoch, dass es die Polizei – und nicht die Hamas-Angreifer – war, die viele Häuser zerstörte, um sicherzustellen, dass alle darin befindlichen Personen,

sowohl die bewaffneten Hamas-Angreifer als auch die Geiseln, nach dem üblichen israelischen Verfahren getötet wurden.

Die [israelische Behauptung](#), die Hamas habe bei der Operation mehr als 1.400 Zivilisten getötet, muss daher jetzt mit Skepsis betrachtet werden, da sie Teil der Vorbereitung auf das massive Morde an unschuldigen palästinensischen Zivilisten in den folgenden Wochen war.

Die ursprüngliche israelische Strategie zur Erreichung ihres Ziels im Gazastreifen schien darin zu bestehen, zivile Ziele im gesamten Gazastreifen so stark zu bombardieren, dass die palästinensische Bevölkerung gezwungen sein würde, den Gazastreifen über den Rafah-Ausgang in Richtung Ägypten zu verlassen.

Doch dieser Plan stieß schnell auf ein ernsthaftes Hindernis, mit dem die Israelis offenbar nicht gerechnet hatten: Die Ägypter weigern sich beharrlich, den Ausgang für einen palästinensischen Exodus zu öffnen.



Innenansicht der Al-Aqsa-Moschee in der Altstadt von Jerusalem.

Der Hauptgrund für den ägyptischen Widerstand gegen den israelischen Plan liegt darin, dass eine Kollaboration mit der israelischen Politik, die gesamte palästinensische Bevölkerung aus dem Gazastreifen zu vertreiben, in der ägyptischen Öffentlichkeit, die die palästinensische Sache leidenschaftlich [unterstützt](#), äußerst unpopulär wäre.

Der ägyptische Staatschef Abdel Fattah el-Sisi verurteilte bei seinem gemeinsamen Presseauftritt mit US-Außenminister Antony Blinken am 15. Oktober die israelische Gaza-Strategie aufs Schärfste und [erklärte](#), der israelische Luftkrieg gehe „über das Recht auf Selbstverteidigung hinaus und werde zur kollektiven Bestrafung von 2,3 Millionen Menschen in Gaza“.

In der Zwischenzeit [bestand](#) el-Sisi darauf, dass die Israelis den Lastwagen mit internationalen Hilfsgütern für vertriebene palästinensische Familien die Einfahrt in das Kriegsgebiet gestatteten, während Israel weiterhin Tag für Tag die Genehmigung für humanitäre Hilfe verzögerte und nur ein Rinnsal nach Gaza ließ.

Gleichzeitig vertrat die israelische Regierung den Standpunkt, dass die palästinensische Zivilbevölkerung keinerlei Rechtsanspruch auf Schutz habe, da die Hamas eine terroristische Organisation sei. Das war der Inhalt der Äußerungen des ehemaligen israelischen Ministerpräsidenten Naftali Bennett in einem [Interview mit den britischen Sky News](#) am 12. Oktober.

Auf die Frage eines Journalisten, was Israel mit den palästinensischen Zivilisten in den Krankenhäusern des Gazastreifens zu tun gedenke, nachdem es alle Treibstofflieferungen, von denen die Krankenhäuser abhängig sind, abgeschnitten habe, rief Bennett wütend: „Fragen Sie mich ernsthaft nach palästinensischen Zivilisten? Was ist los mit Ihnen? Haben Sie nicht gesehen, was passiert ist? Wir kämpfen gegen Nazis.“

Keine rechtlichen Beschränkungen

Durch die Reduzierung der Frage auf Israel gegen „Nazis“ hat die israelische Regierung versucht, ihre rechtliche und moralische Verantwortung für eine humane Behandlung der Zivilbevölkerung oder die Einhaltung des Völkerrechts in Bezug auf ihre Kriegsführung abzulehnen.

Mit dem Angriff der Hamas auf die Kibbuzim hofften die Israelis, ihre wichtigsten ausländischen Verbündeten – die Vereinigten Staaten und die großen europäischen Staaten – davon überzeugen zu können, dass die palästinensische Zivilbevölkerung jedes Recht auf Schutz vor israelischen Bombenangriffen verwirkt hat.

Sie hat sich also in keiner Weise zu solchen rechtlichen oder ethischen Grenzen für ihren Krieg im Gazastreifen verpflichtet, der sofort als Bedrohung für die gesamte Zivilbevölkerung dort hätte erkannt werden müssen.

Die israelische Regierung hat in dieser Phase des israelisch-palästinensischen Konflikts den Begriff „kollektive Bestrafung“ nicht in den Mund genommen. Nichtsdestotrotz hat Israel systematische [Hauszerstörungen](#) durchgeführt, um ganze Gemeinden zu bestrafen, weil einzelne Personen an Widerstandsaktivitäten beteiligt waren.

Dies ist seit langem die zentrale israelische Methode im Umgang mit palästinensischen Widerstandsaktivitäten, wie Human Rights Watch im vergangenen Februar [feststellte](#).

Die israelische Führung hat ihren derzeitigen Vernichtungskrieg als eine weitere Anwendung desselben Prinzips dargestellt, um die palästinensische Bevölkerung in Gaza für die Militäroperation der Hamas am 7. Oktober zu bestrafen.

Israels Präsident Isaac Herzog machte am 12. Oktober die gesamte palästinensische Bevölkerung für diese Operation verantwortlich und [erklärte](#):

Es ist eine ganze Nation da draußen, die verantwortlich ist. Es ist nicht wahr, dass die Zivilisten nichts wissen und nicht beteiligt sind. ... Sie hätten gegen das böse Regime kämpfen können, das den Gazastreifen durch einen Staatsstreich übernommen hat.

Als ein Reporter Herzog fragte, ob er behaupte, dass das Versagen der Zivilbevölkerung, die Hamas-Regierung zu stürzen, sie zu „legitimen Zielen“ mache, antwortete er: „Nein, das habe ich nicht gesagt.“ Doch dann widersprach er dem Dementi deutlich, indem er argumentierte: „Wenn du eine Rakete in deiner gottverdamnten Küche hast und sie auf mich schießen willst, darf ich mich dann verteidigen?“

Natürlich hat es nie einen Beweis dafür gegeben, dass die Hamas Raketen in Zivilwohnungen versteckt hat, und es wäre auch militärisch nicht sinnvoll, wenn die Hamas dies unter den gegenwärtigen Umständen tun würde.

Die ständige israelische Beschwörung des „Rechts, sich zu verteidigen“ ist offensichtlich gepaart mit dem unausgesprochenen Glauben an das Recht, den Palästinensern Leid und sogar Völkermord zufügen zu können. Israel hat auch Flugblätter im nördlichen Gazastreifen abgeworfen, um die [Bevölkerung zu warnen](#).

„Wer sich entscheidet, den nördlichen Gazastreifen südlich des Wadi Gaza nicht zu verlassen, könnte als Komplize einer terroristischen Organisation identifiziert werden“, impliziert eindeutig, dass sie tatsächlich als legitime Ziele für die Bombardierung als Strafe für die Aktionen der Hamas behandelt werden.

Kein Geringerer als der ehemalige Generalstaatsanwalt Israels hat unmissverständlich [erklärt](#), dass man, um die Hamas zu zerstören, „den Gazastreifen zerstören muss, weil fast jedes Gebäude dort eine Hochburg der Hamas ist.“

Der Angriff auf Krankenhäuser im Gazastreifen birgt das zusätzliche politische Risiko, die Medien und möglicherweise sogar die US-Regierung zu verärgern, so dass Israel zu einer offensichtlichen Desinformationsoperation gegriffen hat, um den Weg zu ebnen.

Als eine Rakete auf dem Parkplatz des arabischen Baptistenkrankenhauses al-Ahli einschlug und einige der mehr als 3.000 Menschen, die dort Zuflucht gesucht hatten, in Mitleidenschaft zog, machten die IDF schnell eine Hamas-Rakete für die Explosion verantwortlich, die angeblich fehlgezündet hatte.

Die IDF beriefen sich auf ein Video, das angeblich die Explosion der fehlgeleiteten Rakete im Baptistenkrankenhaus zeigt, sowie auf ein abgefangenes Gespräch zwischen einem „ehemaligen Hamas-Aktivisten“ und einem Bewohner des Gazastreifens, in dem bestätigt wurde, dass eine fehlgeleitete Hamas-Rakete auf dem Krankenhausbereich gelandet sei.

Auf die USA zählen

Der Nationale Sicherheitsrat der USA [verkündete](#) seinen offiziellen Standpunkt, dass Israel an dem Raketenangriff unschuldig sei, und die Geheimdienste schlossen sich dem an, indem sie ihr „[hohes Vertrauen](#)“ zum Ausdruck brachten, dass es sich um eine fehlgeleitete palästinensische Rakete handelte, die die Explosion verursacht hatte.

Doch dann begann der israelische Fall zu bröckeln. BBC [berichtete](#), dass sie keinen Friedhof in der Nähe des Ortes finden konnten, von dem aus die IDF behauptete, die Rakete sei abgefeuert worden.

Und die *New York Times* berichtete, dass ihre eigene gründlichere Untersuchung der einschlägigen Videos den [US-israelischen Fall nicht stützt](#). Stattdessen zeigte sie, dass die palästinensische Rake-

te, die fehlzündete, „höchstwahrscheinlich nicht die Ursache für die Explosion im Krankenhaus war“, da sie „tatsächlich in einer Entfernung von etwa zwei Meilen am Himmel detoniert war“.

Dennoch konnte Israel auf die Unterstützung der Biden-Administration zählen, die Israel schon vor dem Besuch von Präsident Joe Biden Mitte Oktober politisch-diplomatische Rückendeckung für seine Politik der verbrannten Erde in Gaza gegeben hat.

Biden und Blinken wurden auf die Rolle von virtuellen Anhängseln der israelischen Regierung reduziert, die den israelischen Propagandaslogan wiederholten, dass Israel „das Recht hat, sich selbst zu verteidigen“, während sie einen Verweis auf die „Gesetze des Krieges“ hinzufügten, von denen die Besucher aus Washington genau hätten wissen müssen, dass die Israelis ihnen nicht die geringste Beachtung schenken.

Die feige Unterstützung der Biden-Administration für die israelische Zerstörung des Gazastreifens macht die USA nicht nur mitschuldig an den israelischen Verbrechen in Gaza, sondern auch am Verbrechen des Völkermords.

Obwohl die Frage des Völkermordes in der internationalen Politik der Palästinafrage noch nicht aufgetaucht ist, gibt es jetzt guten Grund zu erwarten, dass sie in den kommenden Monaten sowohl von arabischen Regierungen als auch von Menschenrechtsorganisationen aufgeworfen werden wird.

Dies ist sicherlich der historische Moment, um Israel des Völkermordes zu bezichtigen, wie es die Völkermordkonvention selbst fordert. Die rechtliche Voraussetzung für eine solche Anklage ist nicht der Nachweis des Massenmords an Millionen von Menschen, wie er von Hitler verübt wurde.

Es [genügt der Nachweis](#), dass ein Staat „die Absicht hat, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe ganz oder teilweise zu zerstören“ und dass er „[d]ieser Gruppe in freier Absicht Lebensbedingungen auferlegt, die darauf abzielen, ihre physische Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen.“

Der Krieg, den Israel der Bevölkerung des Gazastreifens auferlegt hat, fällt eindeutig unter diese beiden entscheidenden Bestimmungen der Konvention. Die Völkermordkonvention sieht auch die Möglichkeit vor, einen Staat des Verbrechens der „Mittäterschaft“ am Völkermord für schuldig zu erklären, was das Verhalten der US-Regierung unter der Regierung Biden [genau beschreibt](#).

Auch hier muss nicht nachgewiesen werden, dass die Mittäterschaft durch den Wunsch nach dem fraglichen Völkermord motiviert war, sondern nur, dass der Völkermord eine vorhersehbare Folge der fraglichen Handlungen sein könnte.

Die rechtliche Frage des Völkermords wird letztlich vom Internationalen Strafgerichtshof oder einem nationalen Gericht mit universeller Zuständigkeit entschieden, wie es spanische Gerichte in der Vergangenheit getan haben. Der IStGH würde zweifellos auch das Vorgehen der Hamas am 7. Oktober untersuchen. Der Beobachterstaat Palästina ist Mitglied des IStGH, und der Ankläger des Gerichtshofs hat eine offene Akte über Israel und Palästina.

Sowohl die USA als auch Israel sind Vertragsparteien der Völkermordkonvention, was eine Kampagne, um sie für ihre jeweilige Rolle im gegenwärtigen Völkermord zur Rechenschaft zu ziehen, zu einer noch dringenderen moralischen Verpflichtung für Menschen und Organisationen guten Willens macht.